



LEGISLATIVWAHLEN 2009

14 Fragen an die politischen Parteien – eine Umfrage des Mouvement Ecologique

Wie so manche andere Organisation, richtete de Mouvement Ecologique im Vorfeld der Nationalwahlen einen Fragekatalog an die politischen Parteien. Dies mit der Absicht, die (ggf. unterschiedliche) Einstellung der Parteien zu zentralen Fragen der Umweltpolitik und der Nachhaltigkeit konkreter zu erfassen und allen Interessierten zugänglich zu machen. Aber auch mit dem Ziel, Gemeinsamkeiten, die in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden können, herauszuschälen.

Man stellt bei der Durchsicht fest, dass zahlreiche Ideen des Mouvement Ecologique auf eine hohe Akzeptanz stossen, eine Tatsache, die erfreulich ist.

Eine Reihe von Antworten wirken dennoch befremdend, wenn man weiss, dass in den letzten Wochen der aktuellen Legislaturperiode eine Reihe zentraler Ideen – u.a. im Konjunkturprogramm – nicht aufgegriffen wurden, nun aber Zustimmung finden...

Geht man das Ganze optimistisch an, so scheinen die Aussichten für die nächste Legislaturperiode doch recht interessant zu sein, was Umweltpolitik und Nachhaltigkeit angeht. Der Mouvement Ecologique wird auf jeden Fall die nächste Regierung, wie auch immer sie sich zusammensetzen mag, an ihre Wahlaussagen erinnern!







CSV In der Politik kann man nicht undifferenziert mit Ja oder nein antworten. Das kann man vielleicht hinsichtlich der Zielsetzung, nicht aber hinsichtlich der detaillierten Umsetzung derselben. Des Weiteren weisen wir darauf hin, dass die CSV nur ihrem demokratisch verabschiedeten Wahlprogramm verpflichtet ist, das im übrigen einen allgemeinen Finanzvorbehalt vorsieht.

DEI LENK Vorbemerkung von déi Lénk: es ist selbstverständlich, dass nicht alle „Ja“- Antworten einem Punkt in unserem vom Kongress verabschiedeten Programm entsprechen, weil nicht alle Fragen dort behandelt sind.

1. Öffentliche Debatte über wesentliche Zukunftsfragen Luxemburgs

Wird Ihre Partei alle möglichen Mittel nutzen - von der Aufbereitung von Sachinformationen über spezifische öffentliche Gesprächsrunden bis zu Internetforen - damit in Luxemburg wesentliche Zukunftsfragen, wie die zukünftige Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes, die Zusammenarbeit innerhalb der Großregion, die Verbindung von Ökologie, Sozialem und Wirtschaft u.a.m. in einem öffentlichen Diskurs diskutiert werden?

DEI LENK ja ... mit unseren bescheidenen Mitteln besonders wichtig ist

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		







2. Voraussetzungen einer Politik der nachhaltigen Entwicklung

Tritt Ihre Partei ein:

- für eine Klärung - im zukünftigen Koalitionsabkommen - des Begriffes der „nachhaltigen Entwicklung“ gemäß den Prinzipien der sogenannten „starken Nachhaltigkeit“?

DEI LENK ja - wobei für uns der Zusammenhang von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit besonders wichtig ist

LSAP Die LSAP ist der Ansicht, dass ökologische, ökonomische und soziale Aspekte im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte gleichwertig behandelt werden sollten. Zukunftskonzepte sind nur dann realistisch, wenn sie die Wechselbeziehungen zwischen diesen Bereichen berücksichtigen.

Partei	ja	nein	K. A.
			X
	X		
	X		
	X		
	X		
		X	

- für eine Verankerung des Planes für nachhaltige Entwicklung im Koalitionsabkommen als Verpflichtung der gesamten Regierung?

DEI LENK ja - aber es kommt natürlich auf den Inhalt des PNDD an, dessen Kritik wir uns vorbehalten







Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- dafür, dass jede politische Entscheidung im Regierungsrat sowie der Abgeordnetenversammlung im Vorfeld obligatorisch auf ihre Nachhaltigkeitskonformität untersucht wird („Nachhaltigkeitsprüfung / Nachhaltigkeitscheck“)?

DP „Impact jeder Gesetzesnovelle auf Nachhaltigkeit messen. Jede Gesetzesnovelle sollte in Zukunft von einer „fiche d'impact relative au développement durable“ begleitet sein, um Aufschluss über die Nachhaltigkeitsaspekte der Novelle zu geben.“ DP-Wahlprogramm '09

Partei	ja	nein	K. A.
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

für eine politische **Aufwertung der Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung** ein, indem diese systematisch veröffentlicht und als Referenzwerte bei politischen Entscheidungen genutzt werden?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

3. Reorganisation der Ministerien / Verwaltungen

Sowohl die CSV als auch die LSAP möchten im Vorfeld der Wahlen keine Aussagen zu Reformen auf der Ebene der Regierungsorganisation machen. Dies wäre die Aufgabe der neuen Regierung.

CSV Die Organisation der Regierung soll derselben vorbehalten sein. Dies gilt auch für Strukturreformen. Audits können dazu dienen; es gibt aber auch andere Möglichkeiten.

Wird ihre Partei sich für folgende Reformen auf der Ebene von Ministerien / Verwaltungen einsetzen:

- Schaffung eines Zukunftsministeriums „Nachhaltige Entwicklung, Klima Energie und Umwelt“

DP Alle Ministerien und Verwaltungen müssen ran. Ein Nachhaltigkeitsministerium bzw. ein Superministerium macht ob der vielen politisch zu berücksichtigenden Aspekte wenig Sinn, um eine kraftvolle Nachhaltigkeitspolitik zu gestalten. Alle Ministerien müssen sich einer Nachhaltigkeitspolitik verschreiben. Dies ist bisher nur theoretisch der Fall in Luxemburg gewesen. Auch die Nachhaltigkeitsbeauftragten der Ministerien, die interministerielle „Task force“ konnten bisher nur wenige Impulse weitergeben. Die oben genannten Vorschläge (fiche d'impact, peer review, wissenschaftlicher Beistand,...) würden sicherlich dazu beitragen, dass der Nachhaltigkeitsgedanke Eingang in alle Ministerien und Verwaltungen finden würde. (DP-Wahlprogramm '09)

LSAP Die LSAP teilt die Ansicht des Mouvement écologique, dass die Bereiche nachhaltige Entwicklung, Klima, Energie und Umwelt eng verbunden sind und sinnvoll in einem „Zukunftsministerium“ zusammengeführt werden können. Dennoch sind auch andere, gleichwertige Konstellationen denkbar, so dass die LSAP sich nicht einseitig vor den Wahlen festlegen möchte, welche Ressorts in der künftigen Regierung zusammengelegt werden sollten. Am wichtigsten scheint für die LSAP eine systematische und koordinierte Zusammenarbeit zwischen den Ministerien, bzw. zwischen einzelnen Verwaltungen. Nur so kann die politische Kohärenz gewährleistet werden.



Aus derselben Überlegung heraus beantwortet die LSAP auch die folgenden drei Fragen eher mit „nein“.

- Schaffung eines (Planungs-) Ministeriums für Landesplanung und Mobilität







DP Neue Qualität der „Staatsführung“ bringt bessere Dienstleistungen. Die Aufteilung der ministeriellen Zuständigkeiten unterliegt oft politischen anstatt praktischen und funktionalen Erwägungen. Eine neue Regierungskoalition verursacht in der Regel eine Neuaufteilung zwischen und sogar innerhalb der bestehenden Ministerien. Die DP will zwar keine Neuaufteilungen in Zukunft ausschließen, jedoch müssen rein politische Erwägungen in den Hintergrund treten. Deshalb wird die DP z.B. bestimmte ministerielle Departements aufgrund von konkreten Missionen zusammenlegen und dadurch neue Synergien schaffen (z.B. Kinderbetreuung vom Familien- ins Bildungsministerium verlagern). Mit der DP werden Ressorts die offensichtlich dem Prinzip der Gewaltentrennung nicht gerecht werden, nicht mehr zusammengelegt (z.B. Polizei und Justiz).

Vor allem Ministerien und Abteilungen mit technischen Aufgaben- und Kompetenzbereichen werden in Zukunft systematisch und regelmäßig wissenschaftlich begleitet. Monitoring, Evaluation und Beratung werden mit der DP groß geschrieben. Dort wo es Sinn macht, werden wir regelmäßige „Peer Reviews“ erstellen lassen, was einen Blick von außen auf unsere Politik erlaubt und Verbesserungen und neue Dynamiken innerhalb der öffentlichen Behörden bewirken kann. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
		X	
		X	

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
		X	
		X	







- Schaffung eines „Ministère de l’intérieur, du logement, de l’urbanisme du développement communal“

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
		X	
		X	

Schaffung einer Abteilung „Umwelt und Landwirtschaft“ im Landwirtschaftsministerium





ADR ASTA

DEI GRENG eher Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
		X	
	X		
		X	
		X	

Reform der Umweltverwaltung auf der Grundlage eines externen Audits im Sinne eines integrierten Umweltschutzes sowie der Forstverwaltung zur Stärkung vor allem der Naturschutzstrukturen

LSAP Ein Gesetzesprojekt zur Schaffung einer neu strukturierten und personell aufgewerteten Natur- und Forstverwaltung wurde bereits im Herbst 2008 deponiert. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass diese Reform schnellstmöglich umgesetzt werden kann, sobald der Staatsrat zu dem Gesetzesprojekt Stellung genommen hat.

Partei	ja	nein	K. A.
		X	
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

Audit der Funktionsweise und Reorganisation des Innenministeriums.

DEI GRENG bereit mehrmals angefragt

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

4. Demokratie und ehrenamtliches Engagement

Wird ihre Partei sich einsetzen:

- für eine **Konvention zwischen Staat und Umweltorganisationen**, damit diese über die erforderlichen (finanziellen und personellen) Mittel verfügen um professioneller **EU-Themen** aufgreifen und bearbeiten zu können?

ADR Welche Umweltorganisationen?

DEI LENK - und dasselbe sollte auch für Organisationen im sozialen Bereich gelten

LSAP Prinzipiell einverstanden. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass Organisationen der Zivilgesellschaft ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat bewahren. Aus dieser Sicht scheint es nicht unbedingt ratsam, das Personal einer Nichtregierungsorganisation über den Staat zu finanzieren. Die LSAP ist der Ansicht, dass die bestehenden Möglichkeiten, Nichtregierungsorganisationen finanziell zu unterstützen, ausgebaut werden können.

- für die Einführung des „**congé associatif**“, damit Verantwortliche von Nicht-Regierungsorganisationen für spezifische Aufgaben auf nationaler Ebene eine gewisse, klar definierte und begrenzte Freistellung von ihrer beruflichen Arbeit erhalten können?

LSAP Für bestimmte Aufgaben können Nichtregierungsorganisationen bereits heute unter festgelegten Bedingungen zusätzliche Urlaubstage nutzen, wie zum Beispiel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Es ist denkbar, ähnliche Formen von Sonderurlaub auch auf andere Bereiche auszudehnen. Es besteht ein diesbezüglicher Gesetzesvorschlag des LSAP-Abgeordneten Alex Bodry.

- damit die **Aarhus-Konvention** mit Leben gefüllt wird, u.a. indem in jedem Ministerium / Verwaltung ein zuständiger Beamte für die Umsetzung verantwortlich gemacht wird und mittels Rundschreiben alle betroffenen Verwaltungen über die Umsetzung von Aarhus informiert werden?



DP Alle Ministerien und Verwaltungen müssen ran. Ein Nachhaltigkeitsministerium bzw. ein Superministerium macht ob der vielen politisch zu berücksichtigenden Aspekte wenig Sinn, um eine kraftvolle Nachhaltigkeitspolitik zu gestalten. Alle Ministerien müssen sich einer Nachhaltigkeitspolitik verschreiben. Dies ist bisher nur theoretisch der Fall in Luxemburg gewesen. Auch die Nachhaltigkeitsbeauftragten der Ministerien, die interministerielle „Task force“ konnten bisher nur wenige Impulse weitergeben. Die oben genannten Vorschläge (fiche d'impact, peer review, wissenschaftlicher Beistand,...) würden sicherlich dazu beitragen, dass der Nachhaltigkeitsgedanke Eingang in alle Ministerien und Verwaltungen finden würde. (DP-Wahlprogramm '09)

LSAP Die Umsetzung der Aarhus-Konvention erfordert ein Umdenken in den betroffenen Verwaltungen. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass die Informationspolitik in den Umweltbereichen verbessert wird. Die betreffenden Ministerien sollen zu diesem Zweck auch Personal einstellen können. Ein LSAP-Gesetzesvorschlag will den Zugang der Bürger zu Verwaltungsakten generell verbessern.






- um die Umsetzung einer **Strategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“** zu gewährleisten, ebenso wie deren Integration in die Schulprogramme sowie in der Weiterbildung von Erwachsenen sowie das Konzept der „nachhaltigen Schulen“ mit Leben füllen?






DP Die DP ist nicht dagegen, dass der Gedanke der nachhaltigen Entwicklung Eingang in die Luxemburger Schulen erhält. Die DP ist dagegen, dass dies staatlich verordnet werden soll. Vielmehr sollte dies durch Initiativen in den Schulen selber geschehen.

Schluss mit Hin und Her. Politik muss raus aus der Schule. [...] Die DP plädiert dafür, dass die Rolle des Gesetzgebers bei der Ausarbeitung von Schulgesetzen eingegrenzt wird: Der Gesetzgeber soll in Zukunft lediglich die Rahmenbedingungen der Schule festlegen. Diskussionen und Entscheidungen über pädagogische Inhalte und Methoden sollen in den Augen der DP nicht im Parlament, sondern von den Spezialisten im Rahmen der öffentlichen Schule und unter Verantwortung des Ministeriums geführt bzw. getroffen werden. Der Gesetzgeber bzw. das Ministerium sollen lediglich die Rahmenbedingungen der in der öffentlichen Schule angewandten pädagogischen Konzepte (Monitoring, Evaluierung, wissenschaftliche Begleitung,...) festlegen und gewährleisten. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
		X	
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
		X	
	X		

5. Nachhaltige Lebensweise sozialverträglich gestalten







Wird Ihre Partei sich einsetzen:

- für die Erstellung eines „Aktionsplanes“ für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie nicht luxemburgisch sprechende MitbürgerInnen, um diese Bevölkerungskreise verstärkt für umwelt- und klimaschonendes Verhalten zu gewinnen (Gratis-Beratungen, Nullzins-Darlehen, stärkere Unterstützung im Wohnbereich u.a.m.)?

DP Heizen soll billiger werden. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Weg aus der Ölpreisfalle mittels eines ambitionierten öffentlichen Investitionsprogramms ebnen. Sie werden in den kommenden Jahren im Schnitt bis zu 1.000 Euro an Heizkosten sparen. Die öffentliche Hand wird zusammen mit einer unabhängigen Energieberatungsstelle aktiv die Installation besonders von thermischen Solaranlagen aber auch von anderen alternativen Energiequellen zusammen mit diesen Haushalten planen und finanzieren. Daneben werden wir zusammen mit unseren europäischen Partnern ein antiinflationäres Programm ausarbeiten. Die Verringerung der Abhängigkeit von Erdölimporten wird Kern dieses Programms sein. (DP-Wahlprogramm '09)

Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen unterstützen: Die DP möchte darauf achten, dass Umweltpolitik nicht zu einer elitären Politik verquert wird. Energietaxen heute, beispielsweise auf den Verbrauch von fossilen Energien, werden besonders die Familien im niedrigen und mittleren Einkommensbereich treffen. Positionspapier: „Umweltpolitik die Zukunft hat. Gezielt fördern, gerecht fordern.“ (Juni 2008)







LSAP Generell sollten Sensibilisierungskampagnen und Beratungsdienste der öffentlichen Hand so ausgerichtet sein, dass auch sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Nicht-Luxemburger sich davon angesprochen fühlen. Ein gesonderter Aktionsplan legt den Gedanken nahe, dass Maßnahmen außerhalb dieses Programms besondere Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen nicht berücksichtigen müssten. Eine solche Haltung lehnt die LSAP ab. Soziale Maßnahmen, die benachteiligten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu wichtigen Dienstleistungen erleichtern, oder zusätzliche Unterstützung z.B. bei Energiesparmaßnahmen für sozial schwache Haushalte befürwortet die LSAP selbstverständlich.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

6. Kommunikation für nachhaltige Entwicklung verstärken

Wird Ihre Partei gewährleisten, dass:






- eine breitangelegte „Awareness-Kampagne zur nachhaltigen Entwicklung“ sowie zum „nachhaltigen Konsum“ durchgeführt wird, in der die grundlegenden Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung und auch deren Chancen thematisiert sowie die Möglichkeiten der einzelnen Akteure (Staat, Gemeinden, Betriebe, Privatpersonen...) dargelegt werden?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

7. Ökologie und Wirtschaft






Ist Ihre Partei der Meinung, dass:

- der Staat eine pro-aktive Rolle in der umwelt- und klimaschonenden Beschaffung übernehmen soll (durch Initiierung von Projekten, finanzielle Förderung...) damit diverse zukunftsweisende Dienstleistungen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung in Luxemburg verstärkt angeboten werden (Car-Sharing, Mitfahrzentralen, Energiesparcontracting)?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- die **Lissabon-Strategie** in dem Sinne überarbeitet werden muss, damit sie kohärent zu den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung ist, u.a. was die Vereinbarkeit von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung und eine Harmonisierung der Lissabon- und der Nachhaltigkeitsindikatoren betrifft?






DEI LENK eine „Überarbeitung“ wird wohl nicht reichen, der ganze ideologische (wirtschaftsliberale) Hintergrund der Lissabon-Strategie ist in Frage zu stellen

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
déi Lénk	X		
	X		
	X		

- die Analyse „**Luxemburg als Standort für Umwelttechnologien**“ mit aller Konsequenz vorangetrieben, konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet und eine offensive, nachvollziehbare Förderpolitik im Sinne der Schaffung von „**green jobs**“ durchgesetzt werden müssen?

LSAP Die Sozialisten werden in Zukunft verstärkt auf Kompetenznischen setzen, Forschung und Innovation fördern und Brücken zum Unternehmertum schlagen. Die Sozialisten wollen die richtigen Lehren aus der internationalen Finanzkrise ziehen, die Abhängigkeit vom Finanzsektor verringern und die Luxemburger Volkswirtschaft auf eine breitere Grundlage stellen.

Die Förderung von Umwelttechnologien spielen im Rahmen der wirtschaftlichen Diversifizierung eine wichtige Rolle. Die Universität Luxemburg und die nationalen Forschungszentren werden in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle spielen. Das Handwerk und die Baubranche sollen dabei insbesondere von der Förderung und Entwicklung neuer Umwelttechnologien profitieren. In den Bereichen Altbauanierung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien liegt erhebliches Wachstumspotenzial, das die Sozialisten zugunsten des Mittelstands nutzen werden. Deshalb ist es aus LSAP-Sicht absolut notwendig, den Aktionsplan zur Förderung von Umwelttechnologien schnell umzusetzen. Das schafft neue Arbeitsplätze und bereitet den Weg für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im Sinne der Lissabon-Strategie vor.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
déi Lénk	X		
	X		
	X		

8. Finanzen

Tritt Ihre Partei:






für die Erstellung und die Umsetzung des Konzeptes einer **nachhaltigen Steuerreform** ein, dies mit dem Ziel den Faktor Arbeit zu entlasten und den Umweltverbrauch zu verteuern, wobei die Aufkommensneutralität gewährleistet sein sollte?

ADR prinzipiell ja - langfristig zu sehen, z.B.: bei der Besteuerung von Treibstoff

CSV wir werden in den nächsten 3 Jahren keine Steuersenkung vorsehen







DEI LENK jein - „den Umweltverbrauch verteuern“, ja - aber „den Faktor Arbeit entlasten“ ist eine Schublade, deren Inhalt unklar ist (bezieht das sich z.B. auf die Sozialbeiträge? usw.)

LSAP Die LSAP befürwortet die Einführung eines Bonus-Malus-Systems zur Besteuerung von umweltverträglichen bzw. umweltschädlichen Produkten und Dienstleistungen. Auf dieser Grundlage will die LSAP dem Verursacherprinzip verstärkt Rechnung tragen. Bei der Anwendung des Verursacherprinzips muss jedoch sichergestellt werden, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen nicht übermäßig belastet werden und die Grundversorgung mit Wasser, Strom usw. dadurch nicht in Frage gestellt wird. In Anbetracht der Tatsache, dass in Luxemburg bereits heute rund 40 Prozent der Haushalte keine Einkommenssteuer bezahlen, würde eine Entlastung des Faktors Arbeit jedoch nicht den Geringverdienern entgegenkommen, die eine Preissteigerung bei bestimmten Gütern (Energie, Wasser, Wohnen) besonders hart trifft.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
			X
	X		
déi Lénk	X	X	
	X		
			X

9. Energie / Klima







Wird Ihre Partei sich für die Verabschiedung eines **Klimaschutzgesetzes** mit verbindlichen Zielen und Instrumenten einsetzen?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
			X







Wird Ihre Partei folgende Maßnahmen im Energiebereich treffen:

- konsequente Umsetzung der **Potenzialanalyse** betreffend die erneuerbaren Energien mittels einem zeitlich gestaffelten Aktionsplan und der Festlegung der notwendigen Finanzmittel und Verantwortlichkeiten?

DP Bestehende Potenzialstudie durch Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsanalyse ergänzen. Die DP begrüßt, dass die Regierung eine Potenzialstudie zu den erneuerbaren Energien in Luxemburg realisiert hat. Die DP wird diese Studie nun schnellstmöglich ergänzen durch eine Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsanalyse bzw. einen konkreten Umsetzungsplan. Diese Analyse wird wichtige Erkenntnisse bringen, wie verschiedene EE energetisch, umweltschonend und finanziell optimal eingesetzt werden können. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- die Erstellung eines **Aktionsplanes Ressourcen- und Energieeffizienz**: von der Förderung des Energiecontractings, dem Festlegen von Auflagen in Betriebsgenehmigungen bis hin zu Förderprogrammen für Betriebe, Sensibilisierungskampagnen...?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		







- die Durchführung einer regelrechten Markteinführungsoffensive für die energieeffiziente und gesundheits- und umweltschonende Renovierung von **Altbauten** sowie den **Bau von Passiv- und Niedrigenergiehäusern**?

DP Heizen soll billiger werden. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Weg aus der Ölpreisfalle mittels eines ambitionierten öffentlichen Investitionsprogramms ebnen. Sie werden in den kommenden Jahren im Schnitt bis zu 1.000 Euro an Heizkosten sparen. Die öffentliche Hand wird zusammen mit einer unabhängigen Energieberatungsstelle aktiv die Installation besonders von thermischen Solaranlagen aber auch von anderen alternativen Energiequellen zusammen mit diesen Haushalten planen und finanzieren. Daneben werden wir zusammen mit unseren europäischen Partnern ein antiinflationäres Programm ausarbeiten. Die Verringerung der Abhängigkeit von Erdölimporten wird Kern dieses Programms sein.

Neue Siedlungen mit neuem Energiekonzept. In Zukunft werden Energie- und diesbezügliche Finanzierungskonzepte bei der Erschließung oder beim Bau großer Siedlungsprojekte zwischen der Gemeinde, den Bauunternehmern und den Bauherren erstellt werden müssen.







Ab 2013 heizen ohne fossile Energieträger. Wohnungen und Häuser, die nach 2013 neu entstehen oder umgebaut werden, sollen im Prinzip nur noch Heizungs- und Warmwasseranlagen benutzen dürfen, die ohne fossile Energieträger funktionieren.

Ihre Altbausanierung wird öffentlich vorfinanziert. Die DP wird mittels „Energiespar-Contracting“ und einer Klimabank die Investitionen von Privathaushalten in die Altbausanierung vorfinanzieren. Ihre Haushaltskasse wird kaum bzw. überhaupt nicht zusätzlich belastet. Der Vorteil im Vergleich zu der heutigen Subventionspolitik besteht darin, dass kaum bzw. keine Eigenmittel zur Finanzierung einer Altbausanierung notwendig sind. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		







- in Kooperation u.a. mit Gemeinden und anderen Akteuren den Aufbau einer flächendeckenden **Energieberatung**

DP Zentrale und unabhängige Energie- und Umweltberatungsstelle. Die DP wird eine zentrale und unabhängige Energie- und Umweltberatungsstelle schaffen, in der die öffentliche Hand genauso wie das Handwerk und andere betroffene Berufsgruppen (Architekten, Ingenieure,...) eingebunden sind. Diese Beratungsstelle wird einerseits als Anlaufstelle für alle Interessierten dienen. Sie wird aber andererseits auch und vor allem proaktiv bei Staat und Gemeinden, Unternehmen und Bürgern tätig werden können und somit eine Eigen-dynamik in den Bereichen Energie und Umweltschutz entwickeln. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Wird Ihre Partei sich konkret gegen einen **Ausbau der Atomkraft** einsetzen, u.a. indem sie für eine Reform des Euratomvertrages eintritt und alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Import von Atomstrom nach Luxemburg zu begrenzen?

ADR betreffend die Begrenzung des Importes: soweit praktisch umsetzbar
DP Atomenergie stellt aus luxemburgischer Sicht keine Alternative für die Zukunft dar. Die DP ist der Meinung, dass die Atomenergie (AE) aus luxemburgischer Sicht keine Alternative für die Zukunft darstellt. Vielmehr muss es darum gehen, die Energieeffizienz zu steigern bzw. den erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		







Für die DP ist klar, dass Investitionen in die EE bzw. in den Bereich Energieeffizienz Vorfahrt genießen müssen und auf keinen Fall zugunsten der AE zurückgehen bzw. stagnieren dürfen. Investitionskonflikte sind zu vermeiden.

Die DP ist überzeugt, dass durch mehr Energieeffizienz und mehr EE der Bedarf an Atomenergie mittelfristig gesenkt werden kann. Mögliche CO2 Reduktionen durch AE dürfen nicht über andere Risiken (vgl. Tschernobyl, Endlagerung,...) hinwegtäuschen.

Den Ausstieg aus der Atomenergie vorbereiten, heißt deshalb in EE und Energieeffizienz investieren. Bis dahin gilt es die Sicherheit der Bevölkerung und der nachkommenden Generationen zu gewährleisten, sei es im Bereich Reaktorsicherheit sei es im Bereich Endlagerung.

Wird Ihre Partei die **Gemeinden** als wichtige Akteure im energiepolitischen Bereich anerkennen, dies indem Gemeinden das Recht erhalten, im Rahmen der Flächennutzungspläne Auflagen aus Energiesicht zu erstellen, unter gewissen Voraussetzungen auch als wirtschaftliche Akteure im Energiebereich aktiv werden zu können und ihre diesbezügliche Rolle mittels Reform des Gemeindegesetzes geregelt wird u.a.m.

DP Alle Gemeinden als Partner aktiv einbinden. Die DP stellt fest, dass Umwelt- und EE-Politik sehr unterschiedlich in den Gemeinden betrieben wird. Viele Gemeinden leisten eine regelrechte Vorreiterrolle im Bereich einer aktiven Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Allerdings vieles hängt eben vom Willen der Gemeindeführung ab, wobei Klimaschutzpolitik von nationaler Bedeutung ist. Die DP plädiert deshalb für eine gleichmäßig aktive Klimaschutzpolitik in allen Gemeinden, die den nationalen Zielsetzungen entspricht. Vor diesem Hintergrund möchte die DP die Gemeindeaufgaben und -zielsetzungen zusammen mit den Gemeinden neu definieren bzw. das Gemeindefinanzierungssystem und die Verteilungsschlüssel neu definieren, so dass die Gemeinden ihren umweltpolitischen Aufgaben besser gerecht werden können. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

10. Landesplanung / Denkmalschutz / Wohnungsbau

Wird Ihre Partei eine umgehende und schnelle Vorstellung aller vier sektoriellen Pläne (geschützte Landschaften, Mobilität, Aktivitätszonen sowie Wohnungsbau) sicherstellen (insofern noch nicht erfolgt), eine Abgleichung der Pläne untereinander gewährleisten, eine offene und kontradiktorische Debatte mit allen Akteuren hierzu ermöglichen und aufgrund dieser demokratischen Debatten eine zügige Umsetzung sicherstellen?

DP Hausaufgaben bei Landesplanungspolitik machen, um Planungssicherheit zu geben. Wir werden durch eine aktive Landesplanungspolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Naturschutz und wirtschaftliche Aktivitäten sehr wohl miteinander verbunden werden können. Die im Rahmen der Landesplanung vorgesehenen sektoriellen Pläne bzw. die Erstellung eines Biotopkatasters werden allen Beteiligten auf Dauer Planungssicherheit geben. Bei Planungs- und Bauvorhaben können so eventuelle Umweltauswirkungen oder Kompensationsmöglichkeiten sofort ausgelotet werden, so dass keine unnötigen Verzögerungen und langwierige Konfliktsituationen entstehen. Die genannten Pläne werden wir der Öffentlichkeit auf eine einfache und verständliche Weise zugänglich machen. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
 adr	X		
 CSV	X		
 gröng	X		
 déli Lénk	X		
 DP	X		
 LSAP	X		

Wird Ihre Partei:

- die Erstellung von praxisorientierten Regionalplänen und Kooperationsstrukturen, gemeinsam mit den Gemeinden, garantieren?

Partei	ja	nein	K. A.
 adr	X		
 CSV	X		
 gröng	X		
 déli Lénk	X		
 DP	X		
 LSAP	X		

- einen Regionalfonds schaffen sowie generell die Finanzmittel des Staates verstärkt in regionale Initiativen investieren?

Partei	ja	nein	K. A.
 adr	X		
 CSV	X		
 gröng	X		
 déli Lénk	X		
 DP	X		
 LSAP	X		

- das Konzept der Großregion mit Leben füllen, u.a. indem der grenzüberschreitende Zusammenhang in allen Planungen berücksichtigt wird (bei sektoriellen Plänen, Regionalplänen ...) sowie ein Aktionsplan „grenzüberschreitende Mobilität“ erstellen lassen?

LSAP Die LSAP will die Grenzregionen durch entsprechende Angebote besser an den Wirtschaftsstandort Luxemburg anbinden. Dazu gehört die Umsetzung des von Sozialisten vorangetriebenen Mobilitätskonzepts für Luxemburg und Lothringen, die TGV-Anbindung an Straßburg, die Modernisierung des Streckenabschnitts Luxemburg-Kleinbettingen im Rahmen des Eurocap-Rail-Projekts sowie eine bessere Anbindung an Koblenz und Saarbrücken. Insgesamt soll auch der Informationsfluss über das Gesamtangebot im öffentlichen Transport verbessert werden. In diesem Kontext schlagen die Sozialisten die Schaffung eines Verkehrsverbundes und die Einrichtung einer Mobilitätszentrale der Großregion vor. Erklärtes Ziel ist eine Harmonisierung der Fahrpläne und eine attraktive Tarifstruktur für den grenzüberschreitenden Verkehr. Daneben spricht sich die LSAP für den Ausbau von Auffangparkings an den und jenseits der Landesgrenzen, in unmittelbarer Nähe zu Zug- und Busbahnhöfen aus.

Partei	ja	nein	K. A.
 adr	X		
 CSV	X		
 gröng	X		
 déli Lénk	X		
 DP	X		
 LSAP	X		

Wird sich Ihre Partei einsetzen für einen „Aktionsplan „neue Wohnformen“, in dem seitens des Staates innovative(re) Wohnformen gefördert werden (Flächen sparende Bauweisen, Wohnen im Alter, Wohnen ohne Autos, „modulares Wohnen“, d.h. Wohnen, das sich mit den Ansprüchen der Bewohner entwickelt...), dies mittels der Vorstellung von Modellprojekten, der Erstellung von Empfehlungen an die Gemeinden, der Klärung offener rechtlicher Fragen, der Auszeichnung von Modellprojekten...?

DEI LENK wobei der soziale Wohnungsbau den ihm gebührenden Stellenwert haben muss

Wird Ihre Partei die Erstellung eines „nationalen Aktionsplanes Denkmalschutz“ gewährleisten, der u.a. eine Bestandsaufnahme aller schützenswerten Elemente beinhaltet, generelle Ziele des Denkmalschutzes ebenso wie Prioritäten des Schutzes und der Pflege festlegt und die entsprechenden Finanzmittel vorsieht?

Partei	ja	nein	K. A.
adr:	X		
CSV	X		
du greng	X		
déi Léink	X		
DP	X		
LSAP	X		

Partei	ja	nein	K. A.
adr:	X		
CSV	X		
du greng	X		
déi Léink	X		
DP	X		
LSAP	X		

11. Mobilität

Ist Ihre Partei bereit:

- bis 2020 ein generelles **Moratorium für die detaillierte Planung / den Bau weiterer größerer Straßenbauprojekte** zu gewährleisten (auch falls diese im „sektoriellen Plan“ angeführt sind) und in dieser Zeitspanne eine absolute Priorität auf den öffentlichen Transport und die sanfte Mobilität zu setzen?

DP Absolute Priorität für den Ausbau des öffentlichen Transports. Die DP wird dem Ausbau des öffentlichen Transports absolute Priorität einräumen und mit Ausnahme der geplanten Umgehungsstraßen einiger Dörfer und Städte keine neuen Straßenbauprojekte bis zur vollständigen Realisierung des Konzepts „Mobilität.lu“ bzw. „Mobil 2020“ zu planen. Verkehrsstaus sollten als Herausforderung für den schnellen Ausbau des öffentlichen Transports genutzt werden. Darüber hinaus wird die DP sich weiter für eine optimale Anbindung an die transeuropäischen Verkehrsnetze einsetzen. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
adr:		X	
CSV		X	
du greng	X		
déi Léink	X		
DP	X		
LSAP	X		

- einen **modal split von 30% öffentlicher Transport gegenüber 70% Individualverkehr bis 2020** umzusetzen?

LSAP Das im IVL verankerte politische Ziel, den Anteil des öffentlichen Verkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen bis 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen, hat für die LSAP absolute Priorität. Die von den Sozialisten getragene Vorgabe – ein Modal-Split von 25 Prozent für den öffentlichen Transport und 75 Prozent für den Individualverkehr – folgt gleich mehreren politischen Zielsetzungen: die Reduzierung des Individualverkehrs zum Erreichen der Klimaschutzziele, die Verbesserung der Lebensqualität und die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse im Personen- und Gütertransport. Das 2007 vorgelegte Gesamtkonzept „mobil 2020“ trägt dieser strategischen Ausrichtung Rechnung. Die Sozialisten werden dieses Projekt konsequent umsetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf den grenzüberschreitenden öffentlichen Transport richten.

Partei	ja	nein	K. A.
adr:	X		
CSV	X		
du greng	X		
déi Léink	X		
DP	X		
LSAP	X		

Tritt Ihre Partei ein für die kurzfristige Umsetzung und zur Verfügung Stellung der erforderlichen Finanzmittel für folgende **Infrastrukturprojekte**: Ausbau Strecke Bettemburg-Luxemburg; moderne Stadtbahn in Luxemburg sowie Peripherbahnhöfe Howald und Cessingen; Bau des „train-tram“ im Süden des Landes; Umbau des Bahnhofes Luxemburg?

ADR Stadtbahn falsches Konzept und daher vergeudetes Geld

CSV die „Kurzfristigkeit“ muss im Rahmen des Finanzvorbehaltes gesehen werden

LSAP Im Infrastrukturbereich wollen die Sozialisten klare Prioritäten zugunsten eines schienengebundenen Transportangebots setzen. Die Peripherie-Bahnhöfe Howald, Cessange und Kirchberg/Luxexpo werden verwirklicht, der Bahnhof Dommeldange ausgebaut und der Bahnhof Belval/Universität fertiggestellt. Daneben werden die Sozialisten die Bahnstrecke Belval/Universität-Belval/Mairie-Oberkorn in Angriff nehmen. Das gleiche gilt für die Neugestaltung des Ettelbrücker Bahnhofes und des Hauptbahnhofes in Luxemburg-Stadt. Das Areal der jetzigen CFL-Werkstatt muss in die Neugestaltung einbezogen werden. Weitere sozialistische Prioritäten sind die Fertigstellung der des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Luxemburg-Petingen, der zweigleisige Ausbau der Nordstrecke (an erster Stelle der Streckenabschnitte Clerf-Uiflingen und Ettelbrück-Goebelsmühle), soweit dies möglich ist und die weitere Attraktivitätssteigerung auf dem Abschnitt Ettelbrück-Diekirch. Darüber hinaus will die LSAP die Neubaustrecke Hauptbahnhof- Kirchberg via Findel vorantreiben und die Arbeiten am neuen Viadukt Pulvermühle fertigstellen.

Besondere Aufmerksamkeit genießen die Bauarbeiten am Tram-Projekt in Luxemburg-Stadt; sie sollen zügig in Angriff genommen werden, damit einem langjährigen Gerangel zwischen den Befürwortern und Gegnern der Stadtbahn nun Taten folgen. Parallel zur Hauptstadt-Tram sollen die Machbarkeits- und Potenzialstudien für Tramprojekte in der Nordstad und im Süden abgeschlossen werden.

Die Sozialisten wollen auch die Finanzierungsgesetze für die neuen Strecken von Luxemburg nach Bettemburg und Esch/Alzette fertigstellen, verabschieden und deren Umsetzung in Angriff nehmen.

Wird Ihre Partei sicherstellen, dass im neuen Mobilitätsministerium eine Person ausschließlich für die Umsetzung des erstellten **Aktionsplanes „sanfte Mobilität“** zuständig ist und der Plan gemäss Prioritätensetzungen zügig umgesetzt wird?

CSV die Organisation der Ministerien soll denen vorbehalten sein

DP Vorfahrt für Fahrradfahrer und Fußgänger. Die DP wird den Ausbau der so genannten „mobilité douce“ als „schadstoffarme“ Fortbewegungsart sehr stark fördern. Aufgrund eines verbesserten Angebots wird die Nachfrage der Bürger besonders im Fahrradbereich in den kommenden Monaten und Jahren steigen. Fußgänger- und Fahrradwege sowie der öffentliche Transport werden in Zukunft bei neuen, größeren Siedlungsvorhaben bereits bei der Planung berücksichtigt bzw. werden Vorrang gegenüber anderen Verkehrsträgern genießen. Die Siedlungsprojekte müssen diesem Umstand auch Rechnung tragen. (DP-Wahlprogramm '09)

Wird Ihre Partei sich für eine Aufwertung des **Verkehrsverbundes und der Mobilitätszentrale** einsetzen, dies indem deren personelle und finanzielle Mittel ausgebaut, ihre Rechte und Pflichten gegenüber dem Ministerium gestärkt werden und auch verstärkt Initiativen innerhalb der Großregion ergriffen werden?

Partei	ja	nein	K. A.
adr:		X	
CSV			X
die gréng	X		
déi Lénk	X		
DP	X		
LSAP	X		






Partei	ja	nein	K. A.
adr:	X		
CSV			X
die gréng	X		
déi Lénk	X		
DP	X		
LSAP	X		

Partei	ja	nein	K. A.
adr:	X		
CSV	X		
die gréng	X		
déi Lénk	X		
DP	X		
LSAP	X		


12. Landwirtschaft

Wird Ihre Partei Akzente im landwirtschaftlichen Bereich setzen, indem Sie:

- einen nationalen Aktionsplan „Fortentwicklung der Luxemburger Landwirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung“ sowie ein Analyse „Umweltqualitätsziele in der Landwirtschaft“ erstellen lassen?






Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
déi Lénk	X		
	X		
	X		

- den Aktionsplan Biolandbau mit konkreten Maßnahmen umsetzen?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
déi Lénk	X		
	X		
	X		






- die Landschaftspflegeprämie an Mindest-Naturschutzkriterien binden und eine Landschaftspflegeprämie Plus für weitgehendere Maßnahmen im Naturschutzbereich einführen?

ADR ist schon der Fall

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
déi Lénk	X		
	X		
	X		

- eine Verstärkung der technischen Dienste der Landwirtschaft im Naturschutzbereich gewährleisten?







ADR Was heißt das konkret?

Partei	ja	nein	K. A.
			X
	X		
	X		
déi Lénk	X		
	X		
		X	

13. Naturschutz


Werden Sie im Naturschutzbereich:

alle Anstrengungen treffen (finanziell, durch direkte Kontaktaufnahme mit den Gemeinden), damit landesweit **Naturschutzsyndikate** etabliert werden?







Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

den **nationalen Aktionsplan Naturschutz** mit Leben füllen, in dem auch die erforderlichen Gelder zur Umsetzung zur Verfügung gestellt werden und u.a. mit Gemeinden/syndikaten kooperiert wird?


DP Wir werden den Naturschutzplan konsequent umsetzen. Wir werden den nationalen Naturschutzplan (Plan national pour la protection de la nature) konsequent umsetzen und die hierfür notwendigen Mittel freimachen. (DP-Wahlprogramm'09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

die konsequentere Ausweisung der **Natura 2000-Gebiete** voran treiben?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

ein neues **Gesetz zur Felderzusammenlegung** verabschieden, das Demokratieelemente und Naturschutzaspekte stärker respektiert als das derzeitige und bis zur Reform ein Moratorium für Flurbereinigungsaspekte aussprechen?

Partei	ja	nein	K. A.
		X	
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

14. Umwelt- und Gesundheitspolitik

Ist Ihre Partei bereit in weitgehendem Ausmaß den **präventiven Umweltschutz** zu stärken: durch regelrechte Lärm-Reduktionsmaßnahmen (und nicht nur durch Ansätze, die Lärmbelastung unter dem gesetzlichen Grenzwert zu halten), weitgehende Luftreinhaltepläne die ebenfalls nicht nur das Unterschreiten von Grenzwerten, sondern eine gute Luftqualität gewährleisten; einen Aktionsplan „Lichtverschmutzung“ sowie eine systematischere Kontrolle der Kommodo-Inkommodo-Auflagen?

LSAP Lärm ist eine der häufigsten und gravierendsten Umweltbelastungen unserer Zeit. Durch die Umsetzung der Lärmschutzdirektive 2002/49 hat Luxemburg einen passenden Rechtsrahmen gesteckt, um diesem Problem entgegenzuwirken. Die Sozialisten setzen auf eine konsequente Umsetzung der vorgelegten Aktionspläne in den Bereichen Flug-, Zug- und Straßenverkehr. Ziel soll es sein, alle Einwohner des Landes vor gesundheitsschädlichen Lärmbelastungen zu schützen. Dazu gehört auch die Einhaltung des geltenden Nachtflugverbots.

Werden sie ein **Bodenschutzgesetz** erstellen, das den Schutz wertvoller Böden, die Bodenansierung u.a.m. mehr regelt?

DP Bodenschutzgesetz dringend notwendig. Wir werden uns in der EU für ein gemeinsames europäisches Bodenschutzrecht einsetzen. Sollte es dort zu keiner Einigung kommen, wird die DP ein Bodenschutzgesetz in Luxemburg ausarbeiten. (DP-Wahlprogramm '09)

LSAP Boden ist für Luxemburg eine äußerst wertvolle da nicht erneuerbare und stark begrenzte natürliche Ressource. Die Sozialisten setzen sich für einen schonenden und effizienten Umgang mit der Ressource Boden ein. Das Wirtschaftswachstum in Luxemburg muss unbedingt vom Flächenverbrauch entkoppelt werden. Flächensparende Bauweisen sind daher konsequent zu fördern und Flächenverschwendung zu untersagen. Die Sozialisten setzen sich weiter dafür ein, die Qualität des Bodens zu sichern, um auch die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel auf sauberen Böden zu garantieren. In der Landwirtschaft soll die konservierende Bodenbearbeitung gefördert werden. Ein spezifisches Bodenschutzgesetz ist den europäischen Vorgaben in diesem Bereich anzupassen.

Damit die Umsetzung der Gesetzgebung zur Wasserrahmenrichtlinie in die Praxis überhaupt erfolgen kann: werden sie einen Aktionsplan „**Praktische Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie**“ erstellen und umgehend die erforderlichen Reglemente verabschieden (u.a. Entschädigungen für Landwirte), damit die Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten vorangetrieben wird?





DEI LENK unter dem Vorbehalt, dass wir nicht mit dem allgemeinen Prinzip der Kostendeckung einverstanden sind

Werden sie die Erstellung eines **Umweltschutzgesetzbuches** gewährleisten, das nicht nur einen kohärenten Text und eine transparente Umweltgesetzgebung der derzeit zu disparaten Texte gewährleisten soll, sondern ebenfalls eine Überarbeitung veralteter Gesetze?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		







Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		







Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Wird Ihre Partei:






- grundsätzlich für eine Neugewichtung der Gesundheitspolitik Sorge tragen, in dem ein Aktionsplan „**Gesundheitsförderung und-prävention**“ (gesundheitsfördernde Lebenswelten, empowerment, Präkarisierung vermeiden) erstellt wird? Dieser sollte über die Vermeidung von Krankheiten oder die Früherkennung bzw. Behandlung von Krankheiten hinaus, alle möglichen Instrumente umfassen, die Gesundheit stärken?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- einen **Maßnahmenplan „Umwelt und Gesundheit“** in die Wege leiten, um somit die Verknüpfung dieser Themen zu verdeutlichen und noch wirksamer vorgehen zu können (z.B. betreffend Luftqualität, Ozonbelastung, Innenraumbelastungen u.a.m.)?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- einen Ausbau der „**Umweltambulanz**“ gewährleisten, da diese derzeit mit den begrenzten Mitteln überfordert ist?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

DEI GRENG ... um alles umzusetzen brauchen wir jedoch mehr als eine Legislaturperiode!